Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 22.06.2005

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

**SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

# SSW-Parteitag: Landesregierung soll „Phänomenta“ fördern und Husumer Hafen ausbauen

**Der SSW fordert die Landesregierung auf, die Pläne für ein Science Center in Kiel und die angekündigte Kürzung der Mittel für den Offshore-Hafen in Husum zu revidieren. „Die Große Koalition muss den Norden Schleswig-Holsteins bei öffentlichen Investitionen angemessen unterstützen“, heißt es in einer entsprechenden Resolution, die gestern Abend vom SSW-Landesparteitag in Flensburg einstimmig verabschiedet wurde.**

„Wenn die Landesregierung die angekündigten Änderungen in ihrer Förderpolitik wirklich umsetzt, dann ist die Existenz des Flensburger Science Centers „Phänomenta“ bedroht und das Projekt für den Ausbau des Husumer Hafens ist so gut wie tot. Diese Politik gefährdet über 500 bestehende und geplante Arbeitsplätze im Landesteil Schleswig“, warnt die SSW-Landesvorsitzende **Gerda Eichhorn**.

Der SSW fordert in seiner Resolution, dass für die „Phänomenta“ die höchstmögliche Landesförderung von 75 % zur Verfügung gestellt wird, die dem neuen Science Center in Kiel bereits versprochen wurde. Außerdem müsse die Landesregierung einen möglichen Unterschuss im laufenden Betrieb der „Phänomenta“ übernehmen, falls die Besucherzahlen der Flensburger Einrichtung durch das neue Center in Kiel deutlich sänken.

SSW IM LANDTAG

Für den Husumer Hafen fordert der SSW-Landesparteitag, dass die bisher zugesagte Landesförderung von 9,1 Millionen Euro für den Ausbau zum Servicehafen für Offshore-Windkraftanlagen bewilligt wird. Die fünfjährige Planung für den Hafen müsse uneingeschränkt umgesetzt werden.
Die Landesregierung hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die Förderung für den Husumer Hafen auf 3,5 Millionen Euro zu reduzieren. Mit dem bisher geplanten Ausbau sollten in der Region bis zu 500 neue Arbeitsplätze entstehen.